

Einzureichen an: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt Referat 307 Ernst-Kamieth-Straße 2 06112 Halle/Saale	Eingangsdatum bei der antragsannahmenden Stelle
--	---

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den ÖPNV aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

1. Antragsteller/in	
Name	Ansprechpartner
Straße, Hausnummer	Telefon/ Telefax
PLZ, Ort	ggf. Ortsteil
E-Mail	
Bankverbindung:	
Kreditinstitut	
IBAN	BIC
<input type="checkbox"/> Der Landkreis/ die kreisfreie Stadt realisiert das Vorhaben selbst.	

2. Fördergegenstand/ Angaben zum Vorhaben			
Wir beantragen:			
<input type="checkbox"/> Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für (<i>Anzahl</i>)			
Kauf	Leasing	Miete	
...	Elektrofahrzeuge BEV (Battery Electric Vehicles)
...	Elektrofahrzeuge PHEV (Plug-In Hybrid Electric Vehicles)
...	Elektrofahrzeuge REEV (Range Extended Electric Vehicles)
...	Gasfahrzeuge – Erdgas (CNG)
...	Gasfahrzeuge – Biogas (Biomethan)

Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für (Anzahl)

Kauf	Leasing	Miete	
------	---------	-------	--

...	Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auf Betriebshöfen und Abstellanlagen
-----	-----	-----	---

...	Ladeinfrastruktur für (teil-)elektrisch angetriebene Fahrzeuge für Zwischenladungen an Haltestellen bzw. entlang des Linienweges
-----	-----	-----	--

...	Anschluss der Ladeinfrastruktur an das Stromnetz
-----	-----	-----	--

in Höhe von _____ Euro.

Das Vorhaben leistet einen bedeutsamen Beitrag zur CO₂-Minderung. (entsprechende Nachweise sind als Anlage einzureichen)

Bei **Erstbeschaffung** von Neufahrzeugen wird gegenüber einem repräsentativen Fahrzeug aus der Bestandsflotte des Betreibers folgende CO₂-Minderung erzielt:

mindestens 35 Gramm bis zu 100 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

mehr als 100 Gramm bis zu 200 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

mehr als 200 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

Bei **Ersatzbeschaffung** von Neufahrzeugen wird gegenüber dem derzeit im Betrieb befindlichen und zu ersetzenden Fahrzeug folgende CO₂-Minderung erzielt:

mindestens 35 Gramm bis zu 100 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

mehr als 100 Gramm bis zu 200 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

mehr als 200 Gramm CO₂ pro Euro EFRE-Mittel (Well-to-Wheel Betrachtung)

Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Barrierefreiheit. (entsprechende Nachweise sind als Anlage einzureichen)

Das Vorhaben berücksichtigt die Belange von Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen.

Das Neufahrzeug mit alternativen Antrieben für den ÖPNV übererfüllt die Anforderungen entsprechend den Empfehlungen des VDV „Barrierefreier ÖPNV in Deutschland“.

Das Neufahrzeug mit alternativen Antrieben für den ÖPNV geht weit über die Anforderungen entsprechend den Empfehlungen des VDV „Barrierefreier ÖPNV in Deutschland“ hinaus.

Es besteht ein Innovationsgrad. (entsprechende Nachweise sind als Anlage einzureichen)

Das Neufahrzeug mit alternativem Antrieb für den ÖPNV ist bereits erprobt und wird ausschließlich von einem Verbrennungsmotor mit alternativen Kraftstoffen angetrieben.

Das Neufahrzeug mit alternativem Antrieb für den ÖPNV ist bereits erprobt und wird teilelektrisch oder ausschließlich elektrisch angetrieben.

Das Neufahrzeug mit alternativem Antrieb für den ÖPNV ist noch nicht erprobt und wird ausschließlich elektrisch angetrieben.

Das Vorhaben wird im städtischen Raum (über 5.000 Einwohner) inklusive Stadt-Umland umgesetzt.

Das Vorhaben liegt auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt.

3. Angaben zur Beschaffung

Das Neufahrzeug wird ausschließlich im ÖPNV eingesetzt.

Vorgesehener Einsatz des Fahrzeuges bei **Erstbeschaffung**:

	Von	nach
<input type="checkbox"/> Verdichtung eines Linienverkehrs nach § 42/43 PBefG		
<input type="checkbox"/> Erweiterung eines Linienverkehrs nach § 42/43 PBefG		
<input type="checkbox"/> Einrichtung neuer Linien nach § 42/43 PBefG		

Angaben über das zu ersetzende Fahrzeug bei **Ersatzbeschaffung**:

Amtliches Kennzeichen

Tag der Erstzulassung

Tag der Zulassung auf den Antragsteller
(Bitte fügen Sie eine Kopie des Kfz-Briefes bei)

Frühere Förderung für dieses Fahrzeug

nein
 ja, durch _____

Kilometerstand am Tag der Antragstellung bzw. aktueller Kilometerstand

Kfz-Steuerbefreiung

nein
 ja,

Voraussichtlicher Liefertermin des neuen Fahrzeugs:

Fahrzeugart

Hersteller bzw. Firma

Datum

von - bis

Voraussichtliche Fahrleistung des neuen Fahrzeugs (Fahrplankilometer):

Jährliche Betriebsleistung

Davon Linienverkehr nach § 42/43 PBefG

4. Ausgaben- und Finanzierungsplan

Die Gesamtausgaben für das Vorhaben setzen sich wie folgt zusammen:

Fahrzeugbeschaffungskosten _____ EUR

Ausgaben für Ladeinfrastruktur, Anschluss an das Stromnetz _____ EUR

Sonstiges: _____ EUR

Gesamtausgaben des Vorhabens: _____ EUR

Die zuwendungsfähigen Ausgaben für das Vorhaben setzen sich wie folgt zusammen:

Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für
Neufahrzeuge mit alternativen Antrieben _____ EUR

davon:

Kauf _____ EUR

Miete _____ EUR

Leasing _____ EUR

Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für
Ladeinfrastruktur und Anschluss an Stromnetz
(nur für Elektrofahrzeuge) _____ EUR

davon:

Kauf _____ EUR

Miete _____ EUR

Leasing _____ EUR

Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben: _____ EUR

Die Gesamtfinanzierung der Ausgaben ist wie folgt vorgesehen:

a) Zuwendungen aus EFRE	_____	EUR
b) ergänzende Landesmittel (insbesondere §§ 8 und 8b ÖPNVG LSA)	_____	EUR
c) Beiträge Dritter	_____	EUR
_____	_____	EUR
_____	_____	EUR
d) Eigenmittel des Antragstellers	_____	EUR
davon:		
Investitionen des ordentlichen Haushalts	_____	EUR
Entnahmen aus Rücklagen	_____	EUR
Kredite	_____	EUR
Sonstiges		
_____	_____	EUR
_____	_____	EUR
Summe der Mittel	_____	EUR

Die Ausgaben für das Jahr 20__ setzen sich wie folgt zusammen:

Fahrzeugbeschaffungskosten _____ EUR

Ausgaben für Ladeinfrastruktur, Anschluss an das Stromnetz _____ EUR

Sonstiges: _____ EUR

Gesamtausgaben für das Jahr 20__: _____ EUR

Die zuwendungsfähigen Ausgaben für das Jahr 20__ setzen sich wie folgt zusammen:

Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für
Neufahrzeuge mit alternativen Antrieben _____ EUR

davon:

Kauf _____ EUR

Miete _____ EUR

Leasing _____ EUR

Investitionsmehrausgaben/ Mehrkosten für
Ladeinfrastruktur und Anschluss an Stromnetz
(nur für Elektrofahrzeuge) _____ EUR

davon:

Kauf _____ EUR

Miete _____ EUR

Leasing _____ EUR

Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben: _____ **EUR**

Die Finanzierung der Ausgaben für das Jahr 20__ ist wie folgt vorgesehen:

a) Zuwendungen aus EFRE	_____	EUR
b) ergänzende Landesmittel (insbesondere §§ 8 und 8b ÖPNVG LSA)	_____	EUR
c) Beiträge Dritter	_____	EUR
_____	_____	EUR
_____	_____	EUR
d) Eigenmittel des Antragstellers	_____	EUR
davon:		
Investitionen des ordentlichen Haushalts	_____	EUR
Entnahmen aus Rücklagen	_____	EUR
Kredite	_____	EUR
Sonstiges		
_____	_____	EUR
_____	_____	EUR
Summe der Mittel	_____	EUR

Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushaltsjahr	Investitionsmittel gesamt	Zuwendungsbetrag
20__	_____ EUR	_____ EUR
20__	_____ EUR	_____ EUR
20__	_____ EUR	_____ EUR
20__	_____ EUR	_____ EUR

5. Unterlagen und Erklärungen

Erklärungen des Antragstellers

- Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen.
- Geplanter Beginn des Vorhabens: _____
- Geplantes Ende des Vorhabens: _____
- Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Finanzierungsplanes
- Datenblatt der Referenzfahrzeuge und Nachweise zu den Neufahrzeugen
- Auszug Berechnungstool zur CO₂-Minderung (Anlage 1)
- Rechtsverbindliche Erklärung – Unterschriftskarte (Anlage 2)
- Erklärung zur Anerkennung der Zweckbindung (Anlage 3)
- Erklärung zur Auftragsvergabe (Anlage 4)
- Erklärung subventionserheblicher Tatsachen i.S.d. Strafrechts (Anlage 5)
- Erklärung zur Einhaltung der Regelung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (Natura 2000) (Anlage 6)
- Erklärung über die Richtigkeit der Angaben zu den Fahrzeugen
- Auszug aus dem Haushaltsplan
- Gilt für juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung:
- Der Körperschafts-Freistellungsbescheid des Vorjahres ist den Unterlagen beigelegt.
- Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist Antragsteller weder allgemein noch für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt.
- Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt.
- Die Umsatzsteuer ist im Gesamtfinanzierungsplan nicht veranschlagt.
- Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde zur Sicherung der Gesamtfinanzierung
- Für das Vorhaben ist und wird keine finanzielle Förderung bei einer anderen Stelle beantragt.
- Für das Vorhaben ist oder wird eine finanzielle Förderung im Betrag von _____ EUR
bei _____
_____ beantragt.
- Durch das Vorhaben entstehen keine Folgekosten.
- Durch das Vorhaben entstehen voraussichtlich nachstehende Folgekosten (bitte Art, Höhe, Träger angeben): _____
- Antragsteller unterhält keine eigene Prüfungseinrichtung.

Antragsteller unterhält eigene Prüfungseinrichtung: _____

Das Einverständnis zur Prüfung des Antrages durch Sachverständige/Gutachter wird erklärt.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird versichert.

Die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den ÖPNV (RdErl. des MLV vom 01.06.2017), veröffentlicht im MBl. LSA Nr. 23/2017 vom 19.06.2017 S. 300, und die sich daraus im Falle einer Bewilligung für mich/ uns ergebenden Verpflichtungen, insbesondere aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk), sind mir/ uns bekannt. Ich/ Wir erkenne(n) diese an. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.

Ich/ wir verpflichte(n) mich/uns, dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) Änderungen zu Antragsangaben unverzüglich mitzuteilen.

Mir/ Uns ist bekannt, dass das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/ Auskünfte zu erbringen/ zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/ wir mich/ uns damit einverstanden.

Ich/ wir erkläre(n), dass unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Ich erkläre/ Wir erklären, dass gegen mich / uns kein Widereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden Produktionstätigkeit eingeleitet wurde, und dass ein derartiges Verfahren nicht kurz bevorsteht.

Ich bin/ Wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU, an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes, des Bundes und der EU-Kommission übermittelt, von diesen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir / uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir / uns bekannt, dass ich / wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann / können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich / wir uns damit einverstanden, dass mein / unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht werden.

Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antrageingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antrageingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Sie tragen bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko.

Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenden im beiliegenden Merkblatt genannten Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe/n ich/wir vor Antragstellung noch nicht begonnen.

Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks.

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Erklärung subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch und ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

.....
(Ort und Datum)

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)

Hinweis: Der Antrag ist in zweifacher Ausfertigung beim Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt einzureichen!